



C/35/4

ORIGINAL: englisch

DATUM: 23. August 2001

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENF

DER RAT

Fünfunddreißigste ordentliche Tagung
Genf, 25. Oktober 2001

ENTWURF EINES PROGRAMMS UND HAUSHALTSPLANS
FÜR DIE RECHNUNGSPERIODE 2002-2003

Vom Generalsekretär vorgelegt

Einleitung

1. Gemäß Artikel 27 Absatz 2 des Übereinkommens wird der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 hiermit dem Rat zur Annahme vorgelegt.
2. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans konzentriert sich auf folgende vier Unterprogramme:
 - UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik
 - UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems
 - UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen
 - UV.4 Externe Beziehungen.

3. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 7 538 000 CHF vor. Die Einnahmen werden auf 6 411 000 CHF veranschlagt. Zum Ende der Rechnungsperiode 2002-2003 werden die Reserven 1 000 000 CHF betragen, was als ausreichend betrachtet wird.

4. Das Verbandsbüro wird 14 Posten umfassen (keine Veränderung gegenüber dem revidierten Haushaltsplan 2000-2001).

5. Um die finanziellen Reserven auf einem Stand zu halten, der dem Ziel von rund 10 % der veranschlagten Ausgaben entspricht, sind für die Rechnungsperiode 2004-2005 Maßnahmen auf der Einnahmenseite in Betracht zu ziehen.

6. Der Rat der UPOV wird ersucht, die in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 enthaltenen Vorschläge zu billigen, einschließlich des Betrags der Beiträge der Verbandsstaaten, der vorgeschlagenen Höchstgrenze für die Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan und der Gesamtzahl der Posten für das Verbandsbüro.

[Inhaltsverzeichnis folgt]

INHALTSVERZEICHNIS

A. Überlegungen zur Politik

- **Herausforderungen und Grundzüge des Programms**
- **Konsolidierung des Verbandsbüros auf breiterer Grundlage**
- **Aufbau des Programmentwurfs**
- **Aufbau des Haushaltsentwurfs**
- **Ergebnisbewertung**

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003

C. Programmbeschreibung

UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik

UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

UV.4 Externe Beziehungen

D. Revidierter Haushaltsplan für 2000-2001

E. Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003

F. Finanzindikatoren 1996-2005

Anlagen I bis III

[Abschnitt A folgt]

UPOV-Leitsatz

Bereitstellung und Förderung eines wirksamen Sortenschutzsystems mit dem Ziel, die Entwicklung neuer, verbesserter Pflanzensorten zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen.

A. Überlegungen zur Politik

Herausforderungen und Grundzüge des Programms

7. Das Programm und der Haushaltsplan der UPOV für die Rechnungsperiode 2002-2003 zeichnen sich aus durch

- ◆ eine Neuausrichtung und Straffung des Tätigkeitsprogramms, um auf größere Herausforderungen zu reagieren;
- ◆ die Notwendigkeit, das Verbandsbüro auf breiterer Basis nachhaltig zu konsolidieren.

8. In der kommenden Rechnungsperiode 2002-2003 wird die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes von Pflanzenzüchtungen zur Verbesserung der Pflanzenzüchtung noch dringlicher als in der Vergangenheit werden. Neue Pflanzensorten sind eines der wirksamsten Mittel zur Bewältigung von Herausforderungen wie Nahrungsmittelsicherung, nachhaltige Landwirtschaftsproduktion, Schonung begrenzter Ressourcen, Anhebung des Einkommens in den ländlichen Gebieten sowie allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Die Züchtung von leistungsstarken Sorten setzt einen erheblichen Aufwand an Know-how, Geldmitteln und Zeit voraus. Die kommende Rechnungsperiode wird beträchtliche Fortschritte im Bereich einer hochentwickelten Züchtungstechnik verzeichnen. Zugleich besteht in vielen Entwicklungsländern ein Bedarf an der Züchtung von Sorten, die für bestimmte Anbauumgebungen geeignet sind und mit den in Entwicklung begriffenen Produktionssystemen Schritt halten.

9. Der Verband soll im Rahmen des UPOV-Übereinkommens das System auf eine Weise verwalten und entwickeln, die *die Qualität* der von den Vertragsparteien erteilten *Schutztitel sichert*. Ein zunehmend wichtigerer Faktor für die Attraktivität des Systems werden die mit dem Schutzsystem verbundenen Kosten sein. Ungeachtet dessen, ob diese Kosten hauptsächlich auf Ebene der nationalen Behörden, die an der Sortenprüfung beteiligt sind, oder weitgehend auf Ebene der Züchter in Züchterprüfungssystemen anfallen, hat der Verband *Kostensenkungen anzustreben*, um eine zusätzliche finanzielle Belastung für das Enderzeugnis – die geschützte Sorte – zu vermeiden. Die Mitgliedschaft beim Verband und die Teilnahme an einem international harmonisierten System sollten für die einzelne Vertragspartei einen wirtschaftlichen Nutzen erzeugen.

10. Im vergangenen Jahrzehnt nahm die Zahl der Vertragsparteien des UPOV-Übereinkommens erheblich zu. Ende 1991 zählte der Verband 20 Mitglieder; zu Beginn der Rechnungsperiode 2002-2003 werden es 50 Mitglieder sein. Die Entwicklungsländer und die

Länder im Übergang zur Marktwirtschaft sind sich dessen zunehmend bewußt, daß verbesserte Sorten einen Weg zur Entwicklung des Landwirtschaftssektors und der gesamten Volkswirtschaft eröffnen. Immer mehr Länder erkennen, daß neue Sorten ein High-Tech-Produkt sind, das Handelsmöglichkeiten bietet, und Einkommen schaffen kann, wenn ein zuverlässiger gesetzlicher Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums geschaffen wird. In vielen dieser Länder besteht eine langjährige Tradition der staatlich finanzierten landwirtschaftlichen Forschung und Pflanzenzüchtung, die infolge der Einschränkungen der Staatshaushalte nach anderen geeigneten Wegen suchen müssen, um die Ausgaben wieder hereinzuholen, damit die Forschungs- und Züchtungsarbeiten fortgesetzt werden können.

11. Die wachsende Kenntnis der gegenseitigen Vorteile offener Volkswirtschaften spiegelt sich in der im Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) enthaltenen Verpflichtung zum Sortenschutz wider. Es ist realistisch anzunehmen, daß das UPOV-Übereinkommen bis Ende der Rechnungsperiode 2002-2003 bis zu 60 Vertragsparteien zählen wird.

Staaten oder Organisationen, die beim Rat der UPOV das Verfahren für den Beitritt zum Verband eingeleitet haben (20)

Ägypten, Aserbaidschan, Costa Rica, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Honduras, Indien, Jugoslawien, Kasachstan, Lettland, Litauen, Marokko, Republik Korea, Simbabwe, Tadschikistan, Tunesien, Venezuela, Weißrußland, Europäische Gemeinschaft, Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik (16)).

Weitere Staaten, die mit dem Verbandsbüro in Verbindung standen, um Rechtsvorschriften im Einklang mit dem UPOV-Übereinkommen zu entwickeln (38)

Albanien, Algerien, Armenien, Barbados, Burundi, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, El Salvador, Fidschi, Ghana, Griechenland, Guatemala, Indonesien, Island, Jamaika, Kuba, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Mauritius, Oman, Pakistan, Peru, Philippinen, Sambia, Saudi-Arabien, Seychellen, Sri Lanka, Suriname, Thailand, Tonga, Türkei, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Republik Tansania, Vietnam, Zypern.

12. Die obenerwähnten Staaten und Organisationen äußerten den Wunsch, beim Aufbau einer wirksamen Sortenschutzgesetzgebung mit der UPOV zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklung setzt *seitens des Verbandes einen besonderen Einsatz zur Unterstützung und Beratung neuer und potentieller Mitglieder des Verbandes bei der Umsetzung des Sortenschutzes* voraus.

13. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel, die zur Zeit rund 7 000 jährlich beträgt, in der kommenden Rechnungsperiode weiter zunehmen wird. Die Gesamtzahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel wird auf über 100 000 veranschlagt. Rund 50 000 Schutztitel sind zur Zeit in Kraft. Da geschützte Sorten nach dem UPOV-System für die Züchtung anderer Sorten frei verwendet werden können,

bilden sie eine der *wichtigsten Quellen genetischer Variation und sind eine äußerst wertvolle pflanzen genetische Ressource.*

14. Die UPOV hat daher in der laufenden Debatte über Biodiversität und pflanzen genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu spielen. Es besteht ein nachfragebedingter Bedarf, eine *Datenbank für Sortenbeschreibungen* nicht nur im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit des Schutzes, sondern auch zur Erhöhung der Transparenz im Bereich der pflanzen genetischen Ressourcen zu errichten.

15. Der Sortenschutz ist ein hochspezialisiertes Gebiet. Die Grundsätze des UPOV-Übereinkommens und die darin behandelten Fragen sind der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt. Internationale Organisationen, die von staatlicher Finanzierung abhängig sind, sind verpflichtet, ihre Rolle und Tätigkeit zu erläutern und am öffentlichen Dialog über Fragen von Belang für ihren Verantwortungsbereich teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund muß der Verband *sein Leitbild und seine Präsenz in der Öffentlichkeit* in der kommenden Rechnungsperiode verstärken.

16. Das Schutzsystem *sui generis* der UPOV ist spezifisch für Pflanzensorten bestimmt. Es sind Schnittstellen mit anderen Formen des Schutzes des geistigen Eigentums vorhanden, die das UPOV-System ergänzen oder sich mit ihm überschneiden könnten. Die offensichtlichste Schnittstelle besteht mit dem Patentsystem. Die laufende Debatte über den Schutz pflanzen genetischer Ressourcen, traditionelle Kenntnisse, geographische Angaben, Landwirteprivilegien sowie indirekte Sortenschutzformen, die sich durch neue Möglichkeiten der Gentechnik eröffnen, erfordert in der kommenden Rechnungsperiode ganz besondere Aufmerksamkeit seitens des Verbandes.

17. Die Grundzüge des Programms für die Rechnungsperiode 2000-2001 bleibt weitgehend auch für die Rechnungsperiode 2002-2003 gültig. Der Verband und das Verbandsbüro werden jedoch folgenden Aspekten größere Beachtung schenken müssen:

- ◆ Dienstleistungen für die Vertragsparteien, um die Wirksamkeit des Züchterrechtssystems zu verbessern sowie dessen Kosten zu senken;
- ◆ ein systematisches Vorgehen zur Aus- und Weiterbildung, das die wachsende Anzahl Vertragsparteien widerspiegelt, die in den kommenden Jahren erwartet wird;
- ◆ verstärkte Präsenz des Verbandes und des Verbandsbüros in der Öffentlichkeit;
- ◆ gegenseitiger Einfluß anderer Formen des Schutzes des geistigen Eigentums zur Wahrung des Wertes des UPOV-Systems.

Konsolidierung des Verbandsbüros auf breiterer Grundlage

18. Hinsichtlich der breiteren Palette von Tätigkeiten infolge der wachsenden Zahl von Mitgliedern des Verbandes sahen das Programm und der Haushaltsplan 2000-2001 einen weiteren Mitarbeiter im höheren Dienst, der sich hauptsächlich mit den Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft befassen sollte, sowie einen weiteren Posten im allgemeinen Dienst für die Programmunterstützung vor.

19. Der Beratende Ausschuß erörterte auf seiner neunundfünfzigsten Tagung im April 2000 das Dokument CC/59/5, "Entwicklung der Tätigkeit und organisatorischer Aufbau des Verbandsbüros der UPOV", in dem die Notwendigkeit erläutert wurde, zwei zusätzliche Posten im höheren Dienst zu schaffen, um dem wachsenden Bedarf an Beratung und Zusammenarbeit in der Region Asien und Pazifik und in den afrikanischen und arabischen Ländern nachzukommen, sowie im Hinblick auf die Intensivierung der Tätigkeit im technischen Bereich. Es wurde erläutert, daß diese zusätzlichen Posten während eines Zeitraums von zwei Jahren, 2000 und 2001, möglicherweise aus den aufgelaufenen Mitteln, die nicht für Reservezwecke des Verbandes benötigt werden, finanziert werden könnten. Ferner wurde angeregt, daß es bei Annahme der Anregungen bezüglich des Personalbestandes ratsam wäre, eine Erhöhung des Beitrags für die Rechnungsperiode 2002-2003 zu erwägen. Der Beratende Ausschuß nahm die Anregungen zur Kenntnis (siehe Dokument CC/59/7, Absätze 19 bis 25).

20. Der neue Aufbau war im April 2001 abgeschlossen. Unter Berücksichtigung vorheriger Beraterverträge entspricht der neue Aufbau des Verbandsbüros einer Nettoverstärkung um einen zusätzlichen Mitarbeiter im höheren Dienst und ermöglicht weitere Tätigkeiten, hauptsächlich in den afrikanischen und afrikanischen Ländern, die durch eine Erhöhung insbesondere des Betriebsaufwands, der Ausgaben für Dienstreisen der Mitarbeiter und der Teilnahme externer Referenten an Arbeitstagungen, Seminaren und Ausbildungslehrgängen unterstützt werden müssen.

Aufbau des Programmentwurfs

21. Auf der einundsechzigsten Tagung des Beratenden Ausschusses im April 2001 wurde das mittelfristige Arbeitsprogramm des Verbandsbüros erörtert (siehe Dokument CC/61/4). Dieses Programm schlug eine Reihe strategischer Ziele vor, mit denen spezifische Tätigkeiten verknüpft waren. Außerdem wurde eine Tabelle vorgelegt, die die Tätigkeiten entsprechend der Unterprogrammstruktur für die Rechnungsperiode 2000-2001 gliederte. Die strategischen Ziele des mittelfristigen Arbeitsprogramms werden auch als Richtlinien für die Rechnungsperiode 2002-2003 dienen. Für die Tätigkeiten werden jedoch Prioritäten zu setzen sein, die den verfügbaren finanziellen und personellen Mitteln Rechnung tragen.

22. Nach einer Überprüfung dieser Gliederung wurde der Schluß gezogen, daß die Unterprogrammstruktur der Rechnungsperiode 2002-2003 stärker gestrafft werden könnte als in der Rechnungsperiode 2000-2001, was den zusätzlichen Nutzen hätte, die Gruppierung der Tätigkeiten und Mittel zu vereinfachen. Die für die Rechnungsperiode 2002-2003 vorgeschlagene Aufschlüsselung sieht folgendermaßen aus:

Unterprogramm 1: Allgemeine Sortenschutzpolitik.—Dies umfaßt politische Orientierung und Koordinierung der Tätigkeiten des Verbandes, wie von seinen leitenden Organen (Rat und Beratender Ausschuß) und dem Generalsekretär bereitgestellt.

Unterprogramm 2: Verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems.—Hierzu gehört die Leitung und Betreuung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses und seiner Technischen Arbeitsgruppen und die Erteilung juristischer und technischer Beratung.

Unterprogramm 3: Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzzüchtungen.—Hierzu gehört die Bereitstellung von Beratung, Unterstützung und Ausbildung für derzeitige und potentielle Vertragsparteien.

Unterprogramm 4: Externe Beziehungen.—Dies umfaßt die Verstärkung des externen Einflusses der UPOV, die Herstellung von Produkten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, sowie Beziehungen zu Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen.

Teil D (revidierter Haushaltsplan für 2000-2001) sieht eine vergleichende Aufstellung der Unterprogrammstruktur für die Rechnungsperiode 2000-2001 und der für die Rechnungsperiode 2002-2003 vorgeschlagenen vor.

Aufbau des Haushaltsentwurfs

23. Der Entwurf des Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 beläuft sich auf 7 538 000 CHF. Dies entspricht einer Zunahme von 1 551 000 CHF oder 25,9 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2000-2001 von 5 987 000 CHF. Die Einnahmen für die Rechnungsperiode 2002-2003 werden auf 6 411 000 CHF veranschlagt, was einer Zunahme von 223 000 CHF oder 3,6 % gegenüber den revidierten Einnahmen für 2000-2001 von 6 188 000 CHF entspricht. Der Entwurf des Haushaltsplans weist ein Defizit von 1 328 000 CHF aus, das aus den aufgelaufenen Reserven gedeckt wird. Tabelle 1 enthält einen zusammenfassenden Vergleich des Haushaltsplans, der Einnahmen und der Reserven. Eine detailliertere Erläuterung des Haushaltsplans ist in den Abschnitten enthalten, die den revidierten Haushaltsplan 2000-2001 und den Entwurf des Haushaltsplans für 2002-2003 beschreiben.

Tabelle 1. Haushaltsplan, Einnahmen und Reserven 2000-2001 und 2002-2003
(in tausend Schweizer Franken)

	2000-2001		Abweichung		2000-2001		Abweichung		2002-2003
	ursprünglich A	B	B/A (%)	C=A+B	D	D/C (%)	E=C+D		
A. Haushaltsplan	6 591	(604)	(9,2)	5 987	1 551	25,9	7 538		
B. Einnahmen	6 166	22	0,4	6 188	223	3,6	6 411		
Differenz, B-A	(425)	626		201	(1 328)		(1 127)		
C. Reserven ^a	1 500			2 126			999		

^a Am Schluß der Rechnungsperiode

24. Es ergibt sich, daß das Programm und der Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 wegen der erheblichen Finanzierung der Tätigkeiten aus den Reserven finanziell solide sind. Ihre Höhe wird für das Jahresende 2001 auf 2 126 000 CHF veranschlagt, was 36 % der in der derzeitigen Rechnungsperiode veranschlagten Ausgaben entspricht. Das Dokument CC/59/5 schlägt ein nachhaltiges Niveau für den Reserve- und den Betriebsmittelfonds von rund 10 % der veranschlagten Ausgaben vor. Es wird erwartet, daß deren Höhe bis Ende 2003 auf 999 000 CHF sinken wird.

25. Hinsichtlich der finanziellen Nachhaltigkeit für die Rechnungsperioden nach dem Jahr 2003 und in Anbetracht dessen, daß keine bedeutende Finanzierung aus den Reserven möglich sein wird, da diese sich 10 % der veranschlagten Ausgaben nähern dürften, müßten entweder die Einnahmen im Programm und Haushaltsplan erhöht oder die Tätigkeiten verringert werden oder beides. Der Abschnitt über Einnahmen behandelt ausführlicher einige der möglichen Einnahmenerhöhungen über die kommende Rechnungsperiode hinaus.

Ergebnisbewertung

26. Die Einführung eines strategischen Haushaltsplans bei der UPOV in der Rechnungsperiode 2000-2001 bedeutete eine Verlagerung der Betrachtung von den Tätigkeiten hin zu den Ergebnissen, was im Programm und Haushaltsplan 2000-2001 durch Zielsetzungen, erwartete Ergebnisse und Planerfüllungsindikatoren für jedes Unterprogramm ausgedrückt wird. In der kommenden Rechnungsperiode wird dieser ergebnisorientierte Rahmen für die Programm- und Haushaltsaufstellung weiter ausgebaut. Daher wird ein System zur Bewertung der Ergebnisse der UPOV eingeführt, das die Planerfüllungsindikatoren zur Messung der tatsächlichen Ergebnisse verwendet. Der Zweck der Ergebnisbewertung bei der UPOV wird ein doppelter sein. Zunächst wird er die Transparenz gegenüber den Verbandsstaaten erhöhen, und sodann wird er Erkenntnisse vermitteln, über die die langfristigen Ergebnisse der UPOV verbessert werden. Die Erkenntnisse der Ergebnisbewertungen werden in einem jährlichen Ergebnisbewertungsbericht vorgelegt. Der erste von diesen wird dem Beratenden Ausschuß der UPOV im Frühjahr 2003 vorgelegt; er wird einen Bericht über den im Jahr 2002 erreichten Fortschritt bei der Verwirklichung der im Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 festgelegten erwarteten Ergebnisse enthalten. Ein zweijähriger Ergebnisbewertungsbericht soll dem Beratenden Ausschuß im Frühjahr 2004 vorgelegt werden; er wird darüber Auskunft geben, in welchem Umfang die erwarteten Ergebnisse für die gesamte Rechnungsperiode erzielt wurden.

[Abschnitt B folgt]

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003

27. Das gesamte Tätigkeitsprogramm, das die UPOV in der Rechnungsperiode 2002-2003 durchführen soll, beläuft sich auf 8 368 000 CHF. Dieser Betrag umfaßt 7 538 000 CHF im ordentlichen Haushaltsplan (siehe Tabelle 1 in Kapitel "Überlegungen zur Politik"), 430 000 CHF, die im Rahmen von Treuhandvereinbarungen finanziert werden, und rund 400 000 CHF aus der Zusammenarbeit mit der WIPO im Bereich der Tätigkeiten von gegenseitigem Interesse. Sachleistungen sind in diesen Voranschlägen nicht enthalten. Tabelle 2 enthält einen Mittelplan für die Rechnungsperioden 2000-2001 und 2002-2003.

Tabelle 2. Mittelplan 2000-2001 und 2002-2003
(in tausend Schweizer Franken)

<i>Haushaltsplan</i>	<i>Ordentlicher Haushalt</i>	<i>Außeretatmäßige Mittel</i>	<i>Mittel insgesamt</i>
<i>Verfügbare Mittel</i>	<i>A</i>	<i>B</i>	<i>C=A+B</i>
Haushaltsplan 2000-2001			
1. Revidierter Haushalt	5 987	611	6 598
Verfügbare Mittel 2000-2001			
2. Revidierte Einnahmen	6 188	611	6 799
3. +/- Überweisung von/zu Mittelbestand	(201)	--	(201)
4. Mittel insgesamt	5 987	611	6 598
Haushaltsplan 2002-2003			
5. Ursprünglicher Haushaltsplan	7 538	830	8 368
Verfügbare Mittel 2002-2003			
6. Ursprüngliche Einnahmen	6 411	750	7 161
7. +/- Überweisung von/zu Mittelbestand	1 127	80	1 207
8. Mittel insgesamt	7 538	830	8 368
<i>Mittelbestand</i>	<i>Ordentlicher Haushalt</i>	<i>Außeretatmäßige Mittel</i>	<i>Mittel insgesamt</i>
	<i>A</i>	<i>B</i>	<i>C=A+B</i>
9. Stand 31.12.1999	1 925	262	2 187
10. +/- Überweisung zu/von Mittelbestand	201	--	201
11. Stand 31.12.2001	2 126	262	2 388
12. +/- Überweisung zu/von Mittelbestand	(1 127)	(80)	(1 207)
13. Stand 31.12.2003	999	182	1 181
14. Prozentsatz der veranschlagten Ausgaben	13	n/v	n/v

28. Der Mittelplan beschreibt auf konsolidierte Weise die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der UPOV sowie den Mittelbestand, einschließlich des Reserve- und des Betriebsmittelfonds. Für den ordentlichen Haushaltsplan ist anzumerken, daß ein Einnahmenüberschuß für die Rechnungsperiode 2000-2001 die Reserven um diesen Betrag erhöht, während ein Ausgabenüberschuß für die Rechnungsperiode 2002-2003 die Reserven entsprechend reduziert. Ferner ist anzumerken, daß sich die Höhe der Reserven im ordentlichen Haushaltsplan bis Ende 2003 auf 13 % der veranschlagten Ausgaben belaufen dürfte. Dies steht im Vergleich zu einem erforderlichen Reservebetrag von 754 000 CHF bzw. 10 % der veranschlagten Ausgaben. Der Reservebetrag reicht daher für die Deckung

einnahmenbezogener Risiken aus, wie Einnahmenschwankungen und Beitragszahlungen sowie Kosten bei Dienstende von Personal des Verbandsbüros.

29. Die Haushaltsabweichungen nach Ausgabenposten zwischen den Rechnungsperioden 2000-2001 und 2002-2003 gehen aus Tabelle 3 hervor. Die tatsächlichen Ausgaben im Zeitraum 1998-1999 belaufen sich auf 5 894 000 CHF. Der revidierte Haushaltsplan für 2000-2001 weist 5 987 000 CHF bzw. eine Zunahme von weniger als 2 % aus. Der Entwurf des Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 erreicht 7 538 000 CHF bzw. eine Zunahme von 25,9 % gegenüber dem revidierten Haushaltsplan für 2000-2001. Diese Zunahme läßt sich des weiteren entweder Programmabweichungen oder Kostenabweichungen zuschreiben. Wie in Teil D ausführlich dargelegt, ist die Haushaltszunahme von 25,9 % hauptsächlich auf einen hohen Kostenanstieg von 31,9 % zurückzuführen, der dem Einfluß der Entscheidungen im revidierten Haushaltsplan für 2000-2001 auf die volle Rechnungsperiode zuzuschreiben ist. Die Teuerungsrate ist für die jährlichen Kostensteigerungen von 1,8 % verantwortlich. Die Programmabweichungen in Spalte C geben einen Rückgang von 6,0 % wieder.

Tabelle 3. Haushaltsplan 2002-2003: Haushaltsabweichungen nach Ausgabenposten
(in tausend Schweizer Franken)

Ausgabenposten	1998-1999 Ausgaben	Revidierter Haushalts- plan 2000-2001 A	Mittelabweichung						Entwurf des Haushalts- plans 2002-2003 G=A+F
			Programm		Kosten		Insgesamt		
			Betrag C	% C/A	Betrag D	% D/A	Betrag E=C+D	% E/A	
Personalkosten									
Posten	3 004	2 916	(127)	(4,4)	1 809	62,0	1 682	57,7	4 598
Kurzfristige Ausgaben	127	20	-	-	-	-	-	-	20
Insgesamt	3 131	2 936	(127)	(4,3)	1 809	61,6	1 682	57,3	4 618
Reisen aus dienstlichem Anlaß und Stipendien									
Dienstreisen	357	350	17	4,9	13	3,7	30	8,6	380
Regierungsbeamte	43	80	17	21,3	3	3,8	20	25,0	100
Stipendien	-	20	(1)	(5,0)	1	5,0	-	-	20
Insgesamt	400	450	33	7,3	17	3,8	50	11,1	500
Vertraglich vereinbarte Dienste									
Konferenzdienste	140	200	2	1,0	8	4,0	10	5,0	210
Berater	167	290	(174)	-	4	-	(170)	-	120
Veröffentlichungen	31	50	(2)	(4,0)	2	4,0	-	-	50
Sonstige	236	220	(104)	(47,3)	4	1,8	(100)	(45,5)	120
Insgesamt	574	760	(278)	(36,6)	18	2,4	(260)	(34,2)	500
Betriebsaufwand									
Räume und Instandhaltung	174	175	66	37,7	9	5,1	75	42,9	250
Nachrichtenverbin- dungen und sonstiger Aufwand	1 523	1 600	(56)	(3,5)	56	3,5	-	-	1 600
Insgesamt	1 697	1 775	10	0,6	65	3,7	75	4,2	1 850
Gerät und Bürobedarf									
Mobiliar und Gerät	76	50	(2)	(4,0)	2	4,0	-	-	50
Bürobedarf und Material	16	16	3	18,8	1	6,3	4	25,0	20
Insgesamt	92	66	1	1,5	3	4,5	4	6,1	70
INSGESAMT	5 894	5 987	(361)	(6,0)	1 912	31,9	1 551	25,9	7 538

30. Die meisten in Tabelle 3 enthaltenen Veränderungen bei den Nichtpersonalkosten beziehen sich auf die Neuverteilung innerhalb großer Ausgabenposten, da die Gesamtbeträge dieser Hauptkategorien begrenzte Abweichungen aufweisen. Die Änderungen der Nichtpersonalkosten insgesamt haben einen Rückgang von 131 000 CHF zur Folge, verglichen mit einer Zunahme von 1 682 000 CHF bei den Personalkosten.

31. In der Kategorie Dienstreisen ist die veranschlagte Erhöhung bei Reisen aus dienstlichem Anlaß für einen erweiterten Arbeitsplan und einen größeren Personalbestand erforderlich, wie dies für die veranschlagte Finanzierung der Reisen von Regierungsbeamten der Fall ist. Der veranschlagte Betrag für Stipendien bleibt unverändert auf dem Stand von 2000-2001.

32. Der Betriebsaufwand für die Rechnungsperiode 2002-2003 beläuft sich auf 1 850 000 CHF, was einen Betrag von 250 000 CHF für Räume und Instandhaltung und einen

Betrag von 1 600 000 CHF für sonstigen Aufwand umfaßt. Der Betrag von 250 000 CHF weist infolge des Bedarfs an weiteren Büroräumen eine Zunahme von 75 000 CHF aus. Der Betrag für Nachrichtenverbindungen und sonstigen Aufwand von 1 600 000 CHF wird auf dem für den revidierten Haushaltsplan 2000-2001 angegebenen Stand gehalten und stellt die Vergütung für die von der WIPO an die UPOV erbrachten Dienstleistungen dar. Die Vergütungen belaufen sich für die Rechnungsperiode 2002-2003 auf 21,2 % des UPOV-Haushaltsplans. Der Betrag wurde nach einer Überprüfung der von der WIPO für die UPOV erbrachten Dienstleistungen sowie aufgrund des für die Rechnungsperiode 2002-2003 erwarteten Volumens und der entsprechenden Kosten dieser Dienstleistungen festgelegt.

33. Gerät und Bürobedarf verbleiben mit Ausnahme geringfügiger Anpassungen infolge der Teuerung grundsätzlich auf dem Stand des revidierten Haushaltsplans für 2000-2001.

34. Die Personalkosten schwanken erheblich zwischen dem revidierten Haushaltsplan 2000-2001 und dem Entwurf des Haushaltsplans 2002-2003. Außerdem ist anzumerken, daß einerseits die Zahl der Posten gegenüber dem revidierten Haushaltsplan 2000-2001 und andererseits der Betrag für kurzfristige Ausgaben unverändert bleiben. Die Gesamtzahl der Posten für das Verbandsbüro verbleibt bei 14. Im Gegensatz zum revidierten Haushaltsplan für 2000-2001, in dem einige dieser Posten während des größten Teils der Rechnungsperiode unbesetzt blieben und somit erhebliche Einsparungen für diese Rechnungsperiode bewirkten, sollen all diese Posten in der kommenden Rechnungsperiode besetzt werden. Die zwischen diesen beiden Rechnungsperioden festzustellende Kostensteigerung ist weitgehend dem Einfluß der voll besetzten Posten auf die Kosten zuzuschreiben. Die Programmabweichungen betreffen die Neueinstufung einzelner Posten, insbesondere die vorgeschlagene Umwandlung eines Postens im Direktorendienst in einen Posten im höheren Dienst. Tabelle 4 zeigt die derzeitige und die vorgeschlagene Anzahl Posten sowie ihre Verteilung nach Stufen. Der Posten des Generalsekretärs ist in dieser Zahl enthalten, jedoch ohne Kosten, da der derzeitige Generaldirektor der WIPO ein Gehalt oder Zulagen für seine Funktion als Generalsekretär der UPOV abgelehnt hatte.

Tabelle 4. Haushaltsplan 2002-2003: Abweichung nach Postenkategorien
(in tausend Schweizer Franken)

<i>Postenkategorie</i>	<i>Ursprünglicher Haushaltsplan 2000-2001</i> A	<i>Abweichung</i> B-A	<i>Revidierter Haushaltsplan 2000-2001</i> B	<i>Abweichung</i> C-B	<i>Entwurf des Haushaltsplan 2002-2003</i> C
Direktorendienst	3	1	4	(1)	3
Höherer Dienst	3	1	4	2	6
Allgemeiner Dienst	6	-	6	(1)	5
INSGESAMT	12	2	14	-	14

35. Hinsichtlich der Gliederung der Ausgaben nach Programmen enthält Tabelle 5 die vorgeschlagenen Haushaltszuweisungen nach Unterprogrammen.

Tabelle 5. Haushaltsplan 2002-2003: Zuweisung nach detaillierten Ausgabenposten
(in tausend Schweizer Franken)

Ausgabenposten	Unterprogramm				Insgesamt
	UV.1	UV.2	UV.3	UV.4	
Personalkosten					
Posten	335	1 746	1 306	1 211	4 598
Kurzfristige Ausgaben	5	5	5	5	20
Insgesamt	340	1 751	1 311	1 216	4 618
Reisen aus dienstlichem Anlaß und Stipendien					
Dienstreisen	-	30	200	150	380
Regierungsbeamte	11	5	84	-	100
Stipendien	-	-	20	-	20
Insgesamt	11	35	304	150	500
Vertraglich vereinbarte Dienste					
Konferenzen	50	50	60	50	210
Berater	-	60	60	-	120
Veröffentlichungen	-	-	-	50	50
Sonstige	10	20	40	50	120
Insgesamt	60	130	160	150	500
Betriebsaufwand					
Räume und Instandhaltung	-	250	-	-	250
Nachrichtenverbindungen und sonstiger Aufwand	-	1 600	-	-	1 600
Insgesamt	-	1 850	-	-	1 850
Gerät und Bürobedarf					
Mobiliar und Gerät	-	50	-	-	50
Bürobedarf und Material	-	20	-	-	20
Insgesamt	-	70	-	-	70
INSGESAMT	411	3 836	1 775	1 516	7 538

36. Wie bereits im Kapitel "Überlegungen zur Politik" umrissen, sind Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 in vier Unterprogramme gegliedert: Allgemeine Sortenschutzpolitik, verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien und Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems, Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen und externe Beziehungen. Die Personalkosten wurden nach Unterprogrammen als Anteil der Arbeitszeit der Mitarbeiter, die für jedes Unterprogramm aufgewandt werden dürfte, zugewiesen. Die Nichtpersonalkosten wurden nach Unterprogramm gemäß deren erwarteten Tätigkeitsprogrammen zugewiesen. Es ist anzumerken, daß die gemeinsamen Ausgaben mit der WIPO im Unterprogramm 2 in vollem Umfang konsolidiert sind.

[Abschnitt C folgt]

C. Programmbeschreibung

Unterprogramm UV.1

Allgemeine Sortenschutzpolitik

Zielsetzungen:

- ◆ Politische Orientierung und Geschäftsleitung.
- ◆ Planung, Umsetzung und Bewertung des Programms und des Haushaltsplans.

Hintergrund

37. Das UPOV-System ist das einzige wirksame und international harmonisierte Sortenschutzsystem *sui generis*. Dieses Unterprogramm bietet den Rahmen für die Beschlußfassung, Verwaltung und Koordinierung des Verbandes und der übrigen Unterprogramme des Hauptprogramms der UPOV, die vom Generalsekretär und den leitenden Organen (Rat und Beratender Ausschuß) durchgeführt werden.

Tätigkeiten

- ◆ Zwei Tagungen des Rates und zwei Tagungen des Beratenden Ausschusses pro Jahr.
- ◆ Koordinierung, Überwachung und Ergebnisbewertung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003.
- ◆ Aufstellung und Annahme des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2004-2005.

Unterprogramm UV.2

Verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

Zielsetzungen:

- ◆ Wahrung und Verbesserung der Qualität des vom UPOV-System gewährten Schutzes.
- ◆ Bereitstellung und Entwicklung der rechtlichen und technischen Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen eines harmonisierten Vorgehens für den Sortenschutz nach der Akte von 1991 des Übereinkommens.

Hintergrund

38. Das UPOV-Übereinkommen, das sich im Laufe von annähernd vierzig Jahren Anwendung entwickelte, erwies sich als geeignetes Instrument zur Verbesserung der Pflanzenzüchtung zum Nutzen der Gesellschaft. Der technische Fortschritt, die Ausdehnung der Grundsätze des Sortenschutzes auf praktisch alle Regionen der Welt sowie auf Staaten mit weitgehend verschiedenen Situationen in bezug auf die Wirtschaftsentwicklung und die laufenden Aktivitäten in benachbarten Politikbereichen erfordern, daß die UPOV-Vertragsparteien das Übereinkommen unter sich ständig verändernden Bedingungen anwenden. Es ist wesentlich, eine abgestimmte Auslegung sicherzustellen und klare Richtlinien aufzustellen.

39. Eine Besonderheit des Verbandes ist, daß er das Gewicht nachdrücklich auf Zusammenarbeit und den internationalen Austausch im technischen Bereich des Sortenschutzes legt. Der Schutz kann erteilt werden, wenn eine Sorte deutlich von anderen Sorten unterscheidbar, wenn sie in ihren maßgebenden Merkmalen hinreichend homogen ist und wenn sie beständig ist, d. h. wenn ihre maßgebenden Merkmale nach aufeinanderfolgenden Vermehrungen unverändert bleiben. Die Entscheidung darüber, ob diese Schutzvoraussetzungen erfüllt sind, stützt sich in der Regel auf Prüfungen, die den Anbau der Sorte erfordern. Um Ergebnisse zu erzielen, die im gesamten Verband vergleichbar sind, müssen harmonisierte Ansätze für die Sortenprüfung entwickelt und gemäß der gesammelten Erfahrung aktualisiert werden. Dieses harmonisierte Vorgehen ermöglicht Zusammenarbeit, Spezialisierung und Austausch der Ergebnisse zwischen den nationalen Sortenschutzbehörden. Es ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Umsetzung eines wirksamen Systems zu angemessenen Kosten.

40. Die Förderung der rechtlichen und technischen Entwicklung dieses Systems wird hauptsächlich durch die Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses, der Technischen Arbeitsgruppen und deren Untergruppen erzielt. Das Verbandsbüro hat diese Tagungen zu organisieren und die entsprechenden Unterlagen zu erstellen.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Verstärkte internationale Harmonisierung der Umsetzung des UPOV-Übereinkommens.	1. Administrative und juristische Orientierung über die Art und Weise der Umsetzung des UPOV-Übereinkommens, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen wird.
2. Verstärkte internationale Harmonisierung der technischen Einzelheiten der Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit neuer Sorten.	2. Technische Richtlinien für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit neuer Sorten, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen werden.
3. Klärung der Rolle der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen.	3. Politik bezüglich der Veröffentlichung von Sortenbeschreibungen, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen wird.
4. Verstärkte internationale Harmonisierung der Sortenbeschreibungen.	4. Aktuelle UPOV-Empfehlungen für Sortenbezeichnungen, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen werden.

Tätigkeiten

- ◆ Vier Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, zwei Tagungen des Technischen Ausschusses, 12 Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen.
- ◆ Entwicklung und Aktualisierung der technischen und juristischen Beratung.
- ◆ Bewertung neuer Ansätze für die DUS-Prüfung.
- ◆ Abfassung eines Standarddokuments über die administrative und rechtliche Umsetzung des UPOV-Übereinkommens.
- ◆ Nach der Annahme der neuen Allgemeinen Einführung zur Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit und zur Ausarbeitung harmonisierter Beschreibungen neuer Pflanzensorten: Ausarbeitung und Annahme der technischen Begleitdokumente (TGP-Dokumente).
- ◆ Ausarbeitung eines Konzepts für eine Datenbank für Sortenbeschreibungen und deren Veröffentlichung.
- ◆ Überprüfung der UPOV-Empfehlungen für Sortenbezeichnungen.

Unterprogramm UV.3

Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

Zielsetzungen:

- ◆ Unterstützung der Regierungen bei der Umsetzung wirksamer Sortenschutzsysteme.
- ◆ Unterstützung der Regierungen, insbesondere der Entwicklungsländer und Länder im Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Ausarbeitung und Verabschiedung von Rechtsvorschriften, die der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens entsprechen.

Hintergrund

41. Es besteht ein nachfragebedingter Bedarf an Unterstützung der Vertragsparteien, die dem Verband in jüngerer Vergangenheit beigetreten sind, bei der Umsetzung ihres Sortenschutzsystems nach dem UPOV-Übereinkommen. Ziel ist, sie in die Lage zu versetzen, in den vollen Genuß der Vorteile und wirtschaftlichen Anreize zu gelangen, die das System zu erzeugen vermag. Einer der herausragendsten Vorteile für neue Vertragsparteien besteht darin, daß sie unverzüglich in den Genuß der vom Verband im Laufe jahrzehntelanger Tätigkeit gesammelten Erfahrung gelangen. Dies dürfte es ihnen ermöglichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein wirksames System aufzubauen.

42. Über 50 Staaten auf allen Kontinenten, die nicht Vertragsparteien sind, bekundeten jedoch eindeutiges Interesse an der Entwicklung eines Sortenschutzsystems aufgrund der vom Verband entwickelten Grundsätze. Viele unter ihnen leiteten in dieser Hinsicht einen umfassenden Meinungs austausch mit dem Verbandsbüro ein. Die UPOV ist als führende Organisation in allen Sortenschutzfragen verpflichtet, Unterstützung und Beratung zu gewähren. Dies setzt ein systematisches Vorgehen nach Maßgabe der in jedem spezifischen Falle erforderlichen Informationen voraus. Die Verfahren umfassen erste Besuche bei Regierungen im Hinblick auf die Erteilung allgemeiner Auskünfte über den Sortenschutz, Seminare mit dem Ziel, die Sortenschutzkreise (Regierungsbeamte, Züchter- und Landwirtschafts genossenschaften) zu sensibilisieren, Arbeitstagungen zur Erläuterung spezifischer Elemente des Sortenschutzes und Ausbildungslehrgänge für technische Prüfer und Verwaltungsbeamte. Die Ausdehnung des regionalen Geltungsbereichs des UPOV-Systems wird dessen globale Effizienz erhöhen.

43. Die Mittel im ordentlichen Haushalt der UPOV zur Finanzierung der im Rahmen dieses Unterprogramms erforderlichen Tätigkeiten sind äußerst begrenzt. Demzufolge besteht eine bedeutende Funktion dieses Programms darin, einen Rahmen zu schaffen, in dem sich das Verbandsbüro bemüht, seine Mittel mit außeretatmäßigen Mitteln und Unterstützung durch Sachleistungen, die von den Vertragsparteien und sonstigen Organisationen gewährt wird, zu ergänzen. Beispiele für eine bedeutende außeretatmäßige Unterstützung sind:

- ◆ Die von der japanischen Regierung bereitgestellten Treuhandgelder.
- ◆ Die im Rahmen des Kooperationsprogramms mit der WIPO verfügbaren Mittel.
- ◆ Finanzielle Unterstützung seitens der spanischen Regierung für Seminare in Lateinamerika.
- ◆ Unterstützung mit Sachleistungen seitens der französischen und der deutschen Regierung.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Einführung einer Rechtsgrundlage für den Sortenschutz nach dem UPOV-System durch eine wachsende Zahl von Staaten.	1.1 Anzahl Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen. 1.2. Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen, die von den Staaten berücksichtigt wurden.
2. Umsetzung des Sortenschutzes.	2.1 Konzept für Ausbildung und Unterstützung, z. B. Fernlehrgänge, das dem Rat vorgeschlagen oder von ihm gebilligt wird. 2.2 Anzahl eingeleiteter/durchgeführter Ausbildungsveranstaltungen.
3. Geographische Erweiterung des UPOV-Systems.	3. Weitere Vertragsparteien.
4. Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Spezialisierung im Sortenschutzwesen.	4.1 Anzahl bilateraler und regionaler Sortenschutzvereinbarungen. 4.2 Veröffentlichung von Auskünften über die vorhandene Erfahrung mit der DUS-Prüfung.
5. Anreize für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft der betreffenden Staaten.	5.1 Anzahl erteilter Schutztitel. 5.2 Anzahl Schutztitel, die in Kraft sind.

Tätigkeiten

- ◆ Ausarbeitung und Annahme eines Konzepts für die Ausbildung und Unterstützung der Vertragsparteien, die dem Verband in jüngster Zeit beigetreten sind, sowie der Staaten, die die Umsetzung eines Sortenschutzsystems vorhaben, einschließlich einer Serie von Standarddokumenten.

- ◆ Beratung der Regierungen, Veranstaltung von 16 Seminaren / technischen Sitzungen (zwei pro Jahr für Lateinamerika, Afrika, die Länder im Übergang zur Marktwirtschaft, die Region Asien und Pazifik).
- ◆ Systematisches Vorgehen zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage, einschließlich der Finanzierung, für eine umfassende Ausbildung der DUS-Prüfer und Verwaltungsbeamten.

Unterprogramm UV.4

Externe Beziehungen

Zielsetzungen:

- ◆ Verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die UPOV und Erhöhung ihres Einflusses.
- ◆ Wahrung der Attraktivität des UPOV-Systems.
- ◆ Vertiefung des Verständnisses der Rolle und Tätigkeit der UPOV.
- ◆ Entwicklung des Leitbildes der UPOV.

Hintergrund

44. Die öffentliche Wahrnehmung der UPOV ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß der Schutz des geistigen Eigentums im allgemeinen mehr Aufmerksamkeit auf sich zog. Das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Übereinkommen über TRIPS) von 1994 verpflichtet die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) zur Umsetzung eines wirksamen Sortenschutzsystems. Da Pflanzensorten eine wichtige pflanzengenetische Ressource sind, werden sie von den Bestimmungen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und der derzeitigen Überarbeitung der Internationalen Verpflichtung über pflanzengenetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft (IU) beeinflusst. Die Wechselwirkungen zwischen diesen internationalen Übereinkommen und dem UPOV-Übereinkommen treten immer deutlicher zutage.

45. Der technologische Fortschritt und der Bedarf an einem wirksamen Schutz, die Besorgnis über die Erhaltung der Kenntnisse eingeborener Gemeinschaften und die Festlegung der Landwirterrechte hoben die Rolle des UPOV-Systems als Form *sui generis* des Schutzes des geistigen Eigentums hervor. Vor diesem Hintergrund hat die UPOV ihre Rolle und die Antworten, die sie auf die in diesen verwandten Politikbereichen aufgeworfenen Fragen gibt, zu erläutern und deutlich zu machen.

46. Es ist notwendig, die modernen Kommunikationsmittel, einschließlich Druckmaterial und elektronischer Medien, in größerem Umfang zu nutzen, um die Rolle und die Standpunkte der UPOV einer breiteren Öffentlichkeit wirksam zu erläutern.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Anerkennung der Bedeutung des UPOV-Systems durch einschlägige Organisationen.	1.1 Anzahl Gelegenheiten, bei denen die UPOV zur Teilnahme an oder zu Referaten auf Sitzungen von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen eingeladen wird. 1.2 Aufnahme von Bestimmungen, die den UPOV-Grundsätzen entsprechen, in internationale Übereinkommen.
2. Besseres Verständnis der fundamentalen Grundsätze des UPOV-Übereinkommens bei einer breiteren Öffentlichkeit.	2.1 Zahl der eingegangenen Ersuchen um Auskünfte. 2.2 Anzahl Hinweise auf das UPOV-System in den Medien. 2.3 Anzahl Besuche auf der UPOV-Website.

Tätigkeiten

- ◆ Bestandsaufnahme und Aktualisierung des Informationsmaterials und der Informationsverfahren der UPOV (Druckmaterial und Website), einschließlich einer Politik für die Preisfestsetzung.
- ◆ Studie über die Auswirkungen der Umsetzung eines Sortenschutzsystems.
- ◆ Teilnahme an Sitzungen internationaler Organisationen, einschließlich der Nichtregierungsorganisationen.
- ◆ Untersuchung der Auswirkungen der Patentierung biotechnischer Erfindungen; Veranstaltung eines Seminars im Jahr 2002.

[Abschnitt D folgt]

D. Revidierter Haushaltsplan für 2000-2001

47. Der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans der UPOV für die Rechnungsperiode 2000-2001 (siehe Dokument C/33/4) umfaßte ordentliche Haushaltseinnahmen von 6 166 000 CHF, Ausgaben in Höhe von 6 591 000 CHF sowie 12 ordentliche Posten. Dieses Dokument wurde durch eine Ergänzung zum Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2000-2001 geändert (siehe Dokument C/33/4 Add.). Diese Ergänzung änderte nicht die Haushaltszuweisungen, sondern nahm die Umwandlung eines Postens im höheren Dienst in einen Posten im Direktorendienst vor. Später wurden das Programm und der Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2000-2001 (Dokumente C/33/4 und C/33/4 Add.) auf der dreiunddreißigsten ordentlichen Tagung des Rates der UPOV vom 20. Oktober 1999 in Genf gebilligt (Dokument C/33/18, Absatz 31).

48. Nach der obigen Entscheidung prüfte die neunundfünfzigste Tagung des Beratenden Ausschusses vom 7. April 2000 in Genf ein Dokument über die Entwicklung der Tätigkeit und den organisatorischen Aufbau des Verbandsbüros (Dokument CC/59/5). Dieses Dokument enthielt Personalüberlegungen (es nahm die Umwandlung eines Postens im höheren Dienst in einen Posten im Direktorendienst zur Kenntnis und schlug die Schaffung zweier neuer Posten im höheren Dienst vor) und machte auf deren Auswirkungen sowohl auf die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des Haushalts aufmerksam. Es gab insbesondere an, daß die Beiträge der Verbandsstaaten künftig möglicherweise erhöht werden müßten. Der Ausschuß nahm diese Vorschläge zur Kenntnis (Dokument CC/59/7, Absätze 19 ff.).

49. Schließlich nahm das Verbandsbüro eine vorläufige Überprüfung der Finanzlage für die laufende Rechnungsperiode 2000-2001 vor und trug insbesondere dem Beitritt neuer Verbandsstaaten sowie den Verzögerungen bei der Organisation und der anschließenden Personalbesetzung des Verbandsbüros Rechnung. Diese Verzögerungen hatten Einsparungen bei einigen veranschlagten Ausgaben zur Folge. Höhere Einnahmen und geringere Ausgaben in der Rechnungsperiode 2000-2001 bewirkten einen Anstieg des erwarteten Mittelbestandes, wodurch sich die für künftige Perioden verfügbaren Reserven erhöhten und die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung für die Verbandsstaaten in der Rechnungsperiode 2002-2003 aufgeschoben wurde.

50. Tabelle 1 zeigt die Nettoveränderungen bei Einnahmen, Ausgaben und Mittelbestand zwischen dem ursprünglichen Haushaltsplan 2000-2001 und dem revidierten Haushaltsplan 2000-2001. Die Einnahmen dürften hauptsächlich infolge des Beitritts neuer Verbandsstaaten um 22 000 CHF auf 6 188 000 CHF zunehmen. Die Ausgaben dürften insbesondere infolge unbesetzter Posten um 604 000 CHF auf 5 987 000 CHF abnehmen (siehe Tabelle 3).

51. Auf Ebene der Unterprogramme sind Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2000-2001 in sieben Unterprogramme gegliedert, während der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 aus vier Unterprogrammen besteht. Änderungen in der Organisation des Verbandsbüros sowie eine andere Betonung der Tätigkeiten sind für diese neue Darstellung verantwortlich. Zur Erleichterung der Vergleichbarkeit der Rechnungsperioden vermittelt Tabelle 6 eine Aufstellung des revidierten Haushaltsplans 2000-2001 gemäß der neuen Programmstruktur, die in der Rechnungsperiode 2002-2003 gelten wird. Der revidierte Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2000-2001 gemäß der neuen Programmstruktur ist der Bezugspunkt für den Vergleich mit dem für die Rechnungsperiode 2002-2003 vorgeschlagenen Haushaltsplan.

Tabelle 6. Revidierter Haushaltsplan 2000-2001 gemäß der Programmstruktur 2002-2003: Haushaltszuweisung
(in tausend Schweizer Franken)

<i>Revidierter Haushaltsplan 2000-2001</i>		<i>Revidierter Haushaltsplan 2000-2001</i>	
<i>Programmstruktur 2002-2003</i>	<i>Betrag</i>	<i>Programmstruktur 2000-2001</i>	<i>Betrag</i>
UV01 Allgemeine Sortenschutzpolitik	233	UV01 Leitende Organe der UPOV – Rat und Beratender Ausschuß	233
UV02 Verbesserte Dienstleistungen für die Vertragsparteien / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems	3 299	UV02 Laufende Entwicklung des internationalen Rechts und der Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit dem Sortenschutz	377
		UV03 Technische Verstärkung des UPOV-Sortenschutzsystems und Überwachung der aufkommenden Technologien	1 076
		UV07 Administrative Unterstützungsdienste	1 846
UV03 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen	1 168	UV05 Technische Unterstützung	1 168
UV04 Externe Beziehungen	1 287	UV04 Zusammenarbeit mit den Regierungen von Verbandsstaaten und Nichtverbandsstaaten, mit zwischenstaatlichen Organisationen (IGO), insbesondere der WIPO, und Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Zusammenhang mit Angelegenheiten, die sich auf die UPOV auswirken	647
		UV06 Externe und internationale Kommunikation und öffentliche Angelegenheiten	640
INSGESAMT	5 987	INSGESAMT	5 987

[Abschnitt E folgt]

E. Einnahmen in der Rechnungsperiode 2002-2003

52. Der Mittelplan im Abschnitt, der den Entwurf des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 beschreibt (siehe Tabelle 2), enthält drei verschiedene Arten von Mitteln: i) die Mittel im ordentlichen Haushaltsplan, ii) die Treuhandgelder und iii) die Beiträge im Rahmen der Kooperationsabkommen mit der WIPO.

i) Ordentliche Einnahmen in der Rechnungsperiode 2002-2003: Die Gesamteinnahmen im ordentlichen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 dürften sich auf 6 411 000 CHF stellen. Dieser Einnahmenbetrag liegt um 201 000 CHF bzw. 3 % höher als die revidierten Einnahmen für die Rechnungsperiode 2000-2001 von 6 188 000 CHF. Die ursprünglichen Einnahmen für die Rechnungsperiode 2000-2001 wurden auf 6 166 000 CHF (siehe Tabelle 1) veranschlagt. Die Hauptveränderungen in der kommenden Rechnungsperiode sind auf die veranschlagten zusätzlichen Beitragseinnahmen infolge der erhöhten UPOV-Mitgliedschaft zurückzuführen. Diese Prognose geht insbesondere von 56 Beitragseinheiten im Jahr 2002 und 57 Beitragseinheiten im Jahr 2003 aus (gegenüber 54,8 Beitragseinheiten im Jahr 2001) und sieht keine Änderung der Höhe der Beitragseinheit vor, die in den kommenden zwei Jahren bei 53 641 CHF verbleiben soll. Anlage II dieses Dokuments listet die Beiträge der Verbandsstaaten auf, deren Mitgliedschaft für den Zeitraum bekannt ist.

Nebst den Beiträgen der Verbandsstaaten nimmt die UPOV Mittel aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, aus der Verzinsung von Bankeinlagen aus dem Reserve- und dem Betriebsmittelfonds sowie sonstige verschiedene Mittel ein, einschließlich der Rückerstattung nationaler Einkommensteuern. Ohne die Beiträge dürften all diese Einnahmequellen insgesamt 5 % der ordentlichen Einnahmen der UPOV in der Rechnungsperiode 2002-2003 ausmachen. Tabelle 7 führt die Einnahmen nach Quellen für beide Rechnungsperioden detailliert auf.

Tabelle 7. Einnahmen 2000-2001 und 2002-2003: Veränderung nach Einnahmequellen
(in tausend Schweizer Franken)

	2000-2001	Abweichung		2000-2001	Abweichung		2002-2003
	ursprünglich	B	B/A (%)	revidiert	D	D/C (%)	veranschlagt
	A			C=A+B			E=C+D
Beiträge	5 836	22	0,4	5 858	203	3,5	6 061
Veröffentlichungen	70	-	-	70	30	42,9	100
Zinsen	200	20	10,0	220	(20)	(9,1)	200
Sonstige	60	(20)	(33,3)	40	10	25,0	50
INSGESAMT	6 166	22	0,4	6 188	223	3,6	6 411

ii) Außeretatmäßige Mittel: Außeretatmäßige Mittel umfassen Treuhandgelder, die freiwillige finanzielle Zuwendungen sind, die dem Verbandsbüro von Verbandsstaaten gewährt werden und die in der Regel zur Finanzierung eines spezifischen Tätigkeitsprogramms bestimmt sind, das zwischen dem Verbandsbüro und dem Spenderland vereinbart wurde. In der Rechnungsperiode 2000-2001 erhielt die UPOV Treuhandgelder von Regierungen, die sich insgesamt auf 350 000 CHF belaufen dürften (siehe Tabelle 2). Ohne

den unabhängigen Entscheidungen der Spenderländer vorzugreifen, wird angenommen, daß der Gesamtbetrag der Treuhandgelder in der kommenden Rechnungsperiode auf dem gleichen Stand verbleiben wird. Es wäre anzumerken, daß nicht-monetäre Beiträge (Sachleistungen), insbesondere für technische Unterstützung und Ausbildungsveranstaltungen, im UPOV-Haushalt nicht aufgeführt sind. Außerdem wird ein Beitrag von rund 400 000 CHF von der WIPO erwartet.

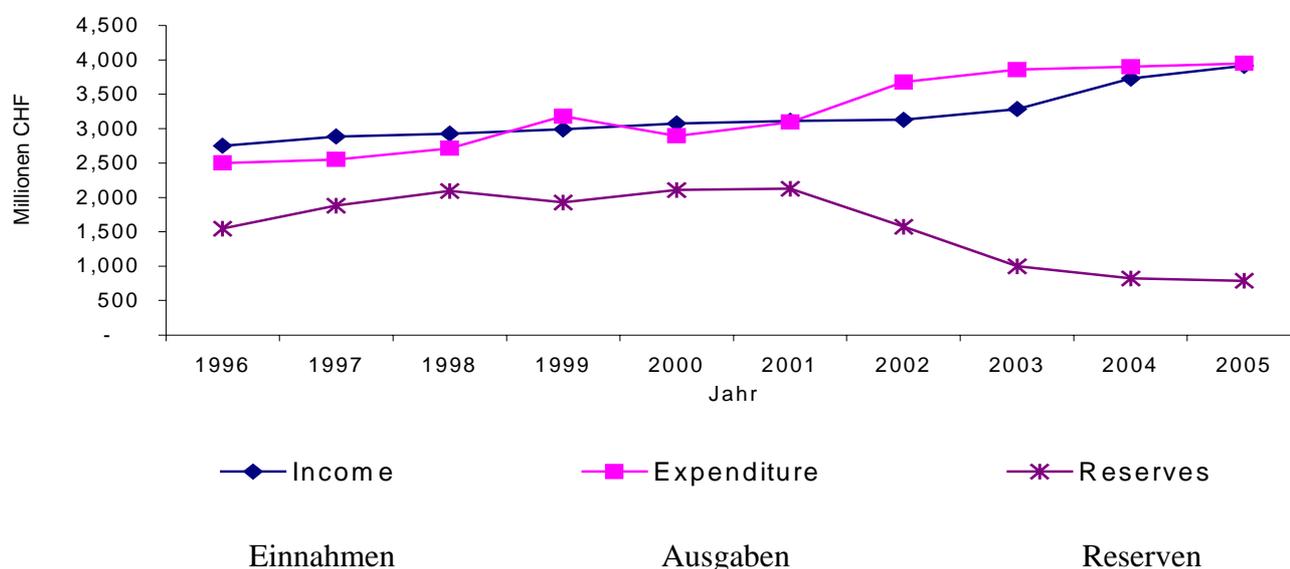
[Abschnitt F folgt]

F. Finanzindikatoren 1996-2005

53. Das Programm und der Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 umfassen erstmals eine Darstellung der Finanzindikatoren über einen Zeitraum von 10 Jahren, einschließlich zweier Jahre über die neue Rechnungsperiode hinaus, sowie Informationen aus der jüngsten Vergangenheit. Die Darstellung dieser Finanzindikatoren soll den vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2002-2003 in einen Kontext stellen: Angabe der Trends und Beurteilung der künftigen finanziellen Nachhaltigkeit. Diese Auskünfte werden erteilt, um den Verbandsstaaten die Überprüfung und Entscheidung bezüglich des vorgeschlagenen Programms und Haushaltsplans zu erleichtern, und sollten nicht als spezifisches finanzielles Engagement oder Billigung über das Jahr 2003 hinaus ausgelegt werden. Aus Tabelle 8 und dem nachstehenden Diagramm geht die Entwicklung des ordentlichen Haushaltsplans in bezug auf Einnahmen, Ausgaben und Höhe des Reserve- und des Betriebsmittelfonds hervor.

Tabelle 8. Einnahmen, Ausgaben und Reserven 1996-2005
(in Millionen Schweizer Franken)

	<i>tatsächlich</i>					<i>veranschlagt</i>				
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Einnahmen	2 750	2 886	2 927	2 990	3 075	3 113	3 129	3 282	3 726	3 910
Ausgaben	2 499	2 553	2 715	3 179	2 893	3 094	3 679	3 859	3 900	3 950
Reserven	1 547	1 880	2 092	1 925	2 107	2 126	1 576	999	825	785



54. Es ist festzustellen, daß die Höhe der Einnahmen die Höhe der Ausgaben in den letzten drei Rechnungsperioden überstieg, was den Mittelbestand erhöhte. Die volle Umsetzung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 hätte eine erhebliche Verringerung der Reserven zur Folge und würde sie näher an ihr angestrebtes Niveau von 10 % der veranschlagten Ausgaben bringen. In der darauffolgenden Rechnungsperiode 2004-2005 wird noch immer erwartet, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, so daß

der Reservestand auf sein angestrebtes Niveau gebracht würde. In jener Rechnungsperiode wäre es indessen nicht möglich, daß die Ausgaben die Einnahmen um denselben Betrag übersteigen, und das Betriebsdefizit müßte um einen Faktor 5 reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten sowohl die Einnahmen und/oder die Ausgaben geändert werden. Die derzeitigen Erwartungen des Verbandsbüros sind nachstehend umrissen:

55. Höhe der Ausgaben nach 2003: Die Höhe der Ausgaben für die Rechnungsperiode 2004-2005 wird infolge der Teuerung vermutlich zunehmen. Da die Anzahl ordentlicher Posten konstant bei 14 verbleiben und das Tätigkeitsniveau eine ähnliche Größenordnung wie in der Rechnungsperiode 2002-2003 aufweisen wird, werden die regulären Haushaltsausgaben auf 7 850 000 CHF veranschlagt. Diese Zahl ist rein provisorisch, und die Verbandsstaaten werden nicht ersucht, diesen Ausgabenbetrag zu billigen.

56. Einnahmequellen nach 2003: Die Höhe der Einnahmen für die Rechnungsperiode 2004-2005 muß angesichts der voraussichtlichen Zunahme des Tätigkeitsprogramms und der Notwendigkeit eines geringeren Betriebsdefizits steigen. Es wird eine Einnahmehöhe von rund 7,6 Mio. CHF angenommen. Die Möglichkeiten für eine Zunahme jeder Einnahmequelle sind nachstehend umrissen:

- ◆ Beiträge von Verbandsstaaten: Die Höhe der Beitragseinheit liegt seit 1995 unverändert bei 53 641 CHF. Da die Beitragseinheit nicht nach Maßgabe der Teuerung erhöht wurde, wurde für den Zeitraum von acht Jahren von 1995 bis Ende 2003 ein kumulativer Wertverlust von 11 % verzeichnet. In Anbetracht dessen, daß die Anpassungen des Beitrags seit 1980 unter der Teuerungsrate lagen, beträgt der kumulative Verlust in diesen 23 Jahren sogar über 40 %. Die Bindung der Beitragshöhe an eine erwartete Teuerung nach 2003 scheint mittelfristig ein angemessenes Mittel zur Unterstützung der finanziellen Nachhaltigkeit der UPOV zu sein. Weitere Mitglieder würden die Einnahmen steigern, jedoch auch die Arbeitsbelastung erhöhen.
- ◆ Einnahmen aus Veröffentlichungen: Zur Zeit werden folgende UPOV-Veröffentlichungen verkauft: die UPOV-CD-ROM, Sammlung wichtiger Texte und Dokumente, Sammlung von Gesetzen und Verträgen, Aufzeichnungen über Seminare sowie sonstige *Ad-hoc*-Veröffentlichungen. Das Verbandsbüro beabsichtigt, die Preisfestsetzungs- und Gebührenerhebungspolitik für diese Produkte zu prüfen, und hat vor einzuschätzen, ob andere Produkte und Dienstleistungen für einen geeigneten Markt entwickelt werden könnten.
- ◆ Einnahmen aus Zinsen: Die Geldbeträge des Reserve- und des Betriebsmittelfonds würden weiterhin Zinserträge abwerfen. Es wird erwartet, daß diese Erträge angesichts geringerer Reserven im Vergleich zur derzeitigen Rechnungsperiode abnehmen.
- ◆ Kosten für Unterstützung: Die Treuhandgelder bestreiten einen Teil der Verwaltungskosten, in der Regel rund 13 %. Da die Treuhandgelder mittelfristig stabil bleiben dürften, würden auch diese Unterstützungskosten unverändert bleiben.
- ◆ Neue Einnahmequellen: Die dreiundvierzigste Tagung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses ersuchte das Verbandsbüro, die Möglichkeit zu prüfen, eine

Datenbank für Sortenbezeichnungen und -beschreibungen zu errichten. Diese Datenbank könnte zur Unterstützung der Vertragsparteien bei der Prüfung, ob die Schutzvoraussetzungen von Kandidatensorten erfüllt sind, genutzt werden. Auch Züchter und sonstige Dritte könnten Interesse an den erteilten Auskünften haben. Eine angemessene Politik für die Festsetzung der Gebühren für die Abfrage dieser Datenbank soll als neue Einnahmequelle geprüft werden.

57. Hinsichtlich der außeretatmäßigen Mittel aus Treuhandgeldern oder Beiträgen der WIPO wird erwartet, daß die Beträge mittelfristig auf dem gleichen Stand wie in früheren Rechnungsperioden verbleiben werden. Jede Erhöhung dieser Beträge würde die finanzielle Belastung des ordentlichen Haushaltsplans mildern, indem sie andere Einnahmequellen für das Tätigkeitsprogramm der UPOV ermöglichen würde.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

VERFAHREN ZUR HAUSHALTSAUFGESTELLUNG

Die Beschreibung der Verfahren zur Aufstellung des ordentlichen Haushaltsplans sieht die Kodifizierung und Klärung der Haushaltspraxis sowie die Rolle der verschiedenen Abschnitte in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans vor. Der Prozeß der Haushaltsaufstellung beginnt mit dem ursprünglichen Haushaltsplan 2000-2001, arbeitet den revidierten Haushaltsplan 2000-2001 aus und schließt mit dem Entwurf eines Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003, indem die Mittelabweichung zwischen dem revidierten Haushaltsplan 2000-2001 und dem Entwurf eines Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003 einbezogen wird. Die Mittelabweichung zwischen den beiden Rechnungsperioden wird entweder als Programmabweichung oder als Kostenabweichung erläutert. Tabelle 1 faßt die in dieser Anlage erörterten Hauptindikatoren zusammen.

Ursprünglicher Haushaltsplan 2000-2001: Der Ausgangspunkt für den Haushaltsplan ist der in Dokument C/33/4 und seiner Ergänzung dargelegte Haushaltsplan.

Revidierter Haushaltsplan 2000-2001: Der revidierte Haushaltsplan wird erreicht durch die Addition der Mittelabweichungen, die von den Verbandsstaaten in Dokument CC/59/5 gebilligt wurden, zum ursprünglichen Haushaltsplan. Außerdem wurden die veranschlagten Ausgaben aufgrund der veranschlagten Einsparungen reduziert, und die Einnahmen wurden infolge weiterer Beitritte zum UPOV-Übereinkommen angehoben. Die veranschlagte Senkung der Ausgaben ist nicht als Herabsetzung der dem Verbandsbüro von den Verbandsstaaten übertragenen Haushaltsbefugnis, sondern vielmehr als ein Versuch zu sehen, die Höhe des Reserve- und des Betriebsmittelfonds, die gegen Ende 2001 verfügbar sein könnte, realistisch zu veranschlagen.

Revidierter Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2000-2001 gemäß der Programmstruktur für die Rechnungsperiode 2002-2003: Der revidierte Haushaltsplan umfaßt auch eine Tabelle, die einen Vergleich zwischen Rechnungsperioden ermöglicht, indem der revidierte Haushaltsplan gemäß der für 2002-2003 vorgeschlagenen Struktur in eine neue Form gebracht wird.

Entwurf eines Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2002-2003: Der Haushaltsentwurf ist das Ergebnis der Addition der Mittelabweichung zum revidierten Haushaltsplan 2000-2001. Die Mittelabweichung umfaßt Programmabweichungen, die Änderungen betreffen, die die derzeitigen Entscheidungen widerspiegeln, und Kostenabweichungen, die Änderungen entsprechen, die entweder den vollen Einfluß früherer Entscheidungen auf die Rechnungsperiode oder von außen verursachte Änderungen, die vom Verbandsbüro zu übernehmen sind, widerspiegeln.

Ein Mittelplan über 10 Jahre wird im Dokument wiedergegeben, um einen integrierten Finanzüberblick, einschließlich der Haushaltsvoranschläge, der verfügbaren Mittel und der Verlagerungen der Reserven, zu vermitteln. Dieser Mittelplan soll mittelfristig bei der Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit des Verbandsbüros behilflich sein.

[Anlage II folgt]

ANLAGE II**BEITRÄGE DER VERBANDSSTAATEN**

(in Schweizer Franken)

2000 Ist	2001 Ist	Verbandsstaaten	Zahl der Ein- heiten	Fällig Januar 2002	Fällig Januar 2003
26 820	26 820	Argentinien	0,50	26 820	26 820
53 641	53 641	Australien	1,00	53 641	53 641
80 462	80 462	Belgien	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Bolivien	0,20	10 728	10 728
13 410	13 410	Brasilien	0,25	13 410	13 410
10 728	10 728	Bulgarien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Chile	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	China	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Dänemark	1,50	80 462	80 462
268 205	268 205	Deutschland	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Ecuador	0,20	10 728	10 728
-	10 728	Estland	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Finnland	1,00	53 641	53 641
268 205	268 205	Frankreich	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Irland	1,00	53 641	53 641
26 820	26 820	Israel	0,50	26 820	26 820
107 282	107 282	Italien	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Japan	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Kanada	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Kenia	0,20	10 728	10 728
-	10 728	Kirgisistan	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kolumbien	0,20	10 728	10 728
-	-	Kroatien	0,20	10 728	10 728
40 231	40 231	Mexiko	0,75	40 231	40 231
53 641	53 641	Neuseeland	1,00	53 641	53 641
-	-	Nicaragua	0,20	10 728	10 728
160 923	160 923	Niederlande	3,00	160 923	160 923
53 641	53 641	Norwegen	1,00	53 641	53 641
80 462	80 462	Österreich	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Panama	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Paraguay	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Polen	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Portugal	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Republik Moldau	0,20	10 728	10 728
-	-	Rumänien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Russische Föderation	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Schweden	1,50	80 462	80 462
80 462	80 462	Schweiz	1,50	80 462	80 462
26 820	26 820	Slowakei	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Slowenien	0,20	10 728	10 728
80 462	80 462	Spanien	1,50	80 462	80 462
53 641	53 641	Südafrika	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Trinidad und Tobago	0,20	10 728	10 728

2000 Ist	2001 Ist	Verbandsstaaten	Zahl der Ein- heiten	Fällig Januar 2002	Fällig Januar 2003
26 820	26 820	Tschechische Republik	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Ukraine	0,50	26 820	26 820
26 820	26 820	Ungarn	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Uruguay	0,20	10 728	10 728
268 205	268 205	Vereinigtes Königreich	5,00	268 205	268 205
268 205	268 205	Vereinigte Staaten von Amerika	5,00	268 205	268 205
2 918 066	2 939 522		55,40	2 971 706	2 971 706

[Anlage III folgt]

ANLAGE III

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN DER HAUSHALTSTITEL

Einnahmequellen

Beiträge

Beiträge der Verbandsstaaten nach Artikel 26 des UPOV-Übereinkommens.

Einnahmen aus Veröffentlichungen

Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und aus Abonnementsgebühren für regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen des Verbandsbüros.

Zinsertrag

Einnahmen aus der Verzinsung von Geldeinlagen.

Sonstige Einnahmen

Alle sonstigen, oben nicht beschriebenen Einnahmen, einschließlich Buchhaltungsberichtigungen (Gutschriften) aus früheren Jahren, Währungsanpassungen (Gutschriften) und Einnahmen zur Deckung von "Unterstützungskosten" bezüglich außeretatmäßiger Tätigkeiten, die von der UPOV durchgeführt und von Treuhandgeldern finanziert werden, Anteil der UPOV am gemeinsamen Einkommen der WIPO.

Ausgabenposten

Personalkosten

Posten: Bezüge des Personals, insbesondere Gehälter, Ortszuschläge, Kinderbeihilfen, Sprachenzulagen und Überstunden, Nichtansässigkeitszuschläge, Postenzuschläge und Repräsentationszuschläge, sowie alle von den Mitarbeitern bezogenen Zulagen, die nicht in den Gehältern enthalten sind, insbesondere die Arbeitgeberbeiträge zur Pensionskasse, Beteiligung im Rahmen des Krankenversicherungssystems, Beitrag an die Entlassungsabfindung für die Deckung der Zahlungen im Falle des Ausscheidens aus dem Dienst, Studienbeihilfen, Umzugskosten, Reisekosten für unterhaltsberechtigte, in der Ausbildung befindliche Kinder, Heimaturlaub, Einrichtungsbeihilfen am Dienort, Berufsunfallversicherungsprämien, Rückerstattung nationaler Einkommensteuern auf die vom Verbandsbüro gezahlten Gehälter, Zuschläge, Entschädigungen oder Beihilfen.

Kurzfristige Ausgaben: Bezüge und Zulagen der Mitarbeiter in befristeter Anstellung.

Reisen aus dienstlichem Anlaß und Stipendien

Dienstreisen

Reisekosten und Tagegelder für Personal und im Hauptsitz stationierte Berater des Verbandsbüros auf amtlichen Dienstreisen.

Teilnahme von Regierungsbeamten und Referenten

Reisekosten und Tagegelder für Regierungsbeamte, Teilnehmer und Referenten, die an von der UPOV finanzierten Tagungen teilnehmen.

Stipendien

Reisekosten, Tagegelder sowie Ausbildungs- und sonstige Gebühren im Zusammenhang mit der Teilnahme von Auszubildenden an Lehrgängen, Seminaren, langfristigen Stipendien und Praktika.

Vertraglich vereinbarte Dienste

Konferenzdienste

Honorare, Reisekosten und Tagegelder für Dolmetscher, Anmietung von Konferenz- und Simultanübersetzungsanlagen, Erfrischungen und Empfänge sowie die Kosten für alle sonstigen unmittelbar mit der Veranstaltung einer Konferenz verbundenen Dienste.

Berater und Sachverständige

Alle mit der Beschäftigung von Beratern verbundenen Unkosten, insbesondere: Honorare, Reisekosten und Tagegelder, mit Ausnahme von Kosten für Dienstreisen der im Hauptsitz stationierten Berater, Honorare für Referenten.

Veröffentlichungen

Druck und Binden außerhalb der WIPO: Fachzeitschriften: Papier und Druck, sonstige Druckarbeiten: Abdruck von in den Fachzeitschriften erschienenen Artikeln, Broschüren, Verträge, Sammlungen von Gesetzestexten, Handbücher, Arbeitsformulare und sonstiges gedrucktes Material, Herstellung von CD-ROM, Videofilmen, Tonbändern und sonstigen Formen der elektronischen Veröffentlichung.

Sonstige Dienstleistungen

Alle sonstigen vertraglich vereinbarten Dienste, insbesondere: Honorare für die Übersetzung von Dokumenten, Miete von Computerzeit, Kosten für Personalausbildung, Einstellungskosten und sonstige vertraglich vereinbarte externe Dienste.

Betriebs- und sonstiger Aufwand

Räume und Instandhaltung

Alle Ausgaben aus dem Erwerb, der Anmietung, Verbesserung und Instandhaltung von Büroräumen und der Anmietung oder Wartung von Ausrüstungen und Mobiliar.

Nachrichtenverbindungen und sonstiger Aufwand

Kosten des Fernsprehdienstes, Telegramme, Faksimile und Postgebühren, Aufgabe und Beförderung von Dokumenten, alle sonstigen allgemeinen Betriebskosten, die oben nicht beschrieben sind, wie ärztliche Versorgung, Unterbringungsdienst, Verwaltungsgericht, Personalverband, Bewirtung, Bankgebühren, Zinsen für Bank- und andere Kredite (mit Ausnahme von Baukrediten), Währungsangleichungen (Lastschriften), Rechnungsprüfungsgebühren, unvorhergesehene Ausgaben und Buchhaltungsberichtigungen (Lastschriften) für frühere Jahre sowie Ausgaben, die nicht spezifisch vorgesehen sind, ebenso sämtliche Ausgaben, die entweder mit den gemeinsamen Tätigkeiten mit der WIPO oder den von der WIPO tatsächlich erbrachten Dienstleistungen verbunden sind.

Gerät und Bürobedarf

Mobiliar und Gerät

Ankauf von Mobiliar und Gerät, insbesondere: Büromöbel und Büromaschinen, Text- und Datenverarbeitungsgeräte, Konferenzanlagen, Vervielfältigungsgeräte, Transportmittel.

Bürobedarf und Material

Alles Material, insbesondere: Schreibpapier und Büromaterial, Material für die Vervielfältigung im Hause (Offset, Mikrofilme usw.), Bücher für die Bücherei und Bezug von Fachzeitschriften und regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen, Uniformen, Material für die Datenverarbeitung, Computersoftware und Lizenzen.

Programme

Hauptprogramm: Die UPOV besteht aus einem Hauptprogramm, das aufgestellt wurde, um die von ihrer Mitgliedschaft festgelegten Prioritäten zu erreichen. Seine herausragenden Zielsetzungen sind nach Kategorien auf Ebene der Unterprogramme gegliedert.

Unterprogramme: Das UPOV-Hauptprogramm ist in vier Unterprogramme gegliedert (UV.1-UV.4). Jedes Unterprogramm ist aus Arbeitsplänen abgeleitet, für die eine Kostenkalkulation vorliegt, und der Fortschritt wird an zuvor festgelegten Zielsetzungen gemessen. Dieses Vorgehen unterstützt die effiziente und kostenwirksame Verwendung der Mittel und die Aufrechterhaltung eines Systems der Rechenschaftspflicht für die Umsetzung der Programme.

[Ende der Anlage III und des Dokuments]